Manfred Bierwisch

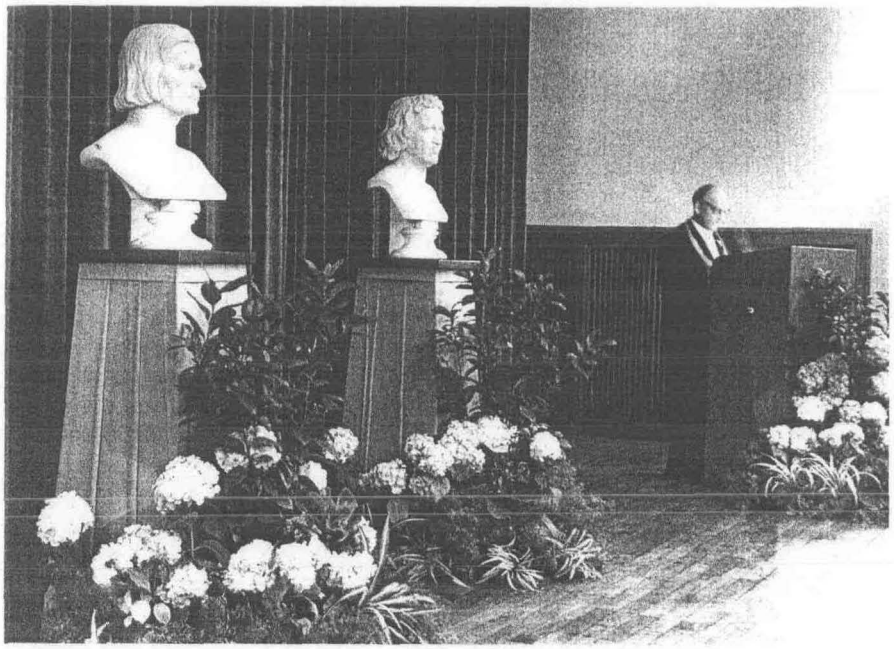
Die Akademie der Wissenschaften der DDR

Fallbeispiel Sprachwissenschaft*

Die einzelnen Akademieinstitute haben sich in der hier zu erörternden Periode sowohl fach- als auch personenbedingt recht verschieden dargestellt und entwickelt. Das ist der Grund für die Fallbeispiele, durch die wir den allgemeinen Überblick ergänzen und verdeutlichen wollen. Dennoch hat für alle Einrichtungen die gemeinsame Geschichte der Akademie und ihre Einbettung in den politisch-gesellschaftlichen Gesamtrahmen – bei allen Unterschieden im Einzelnen – eine entscheidende Rolle gespielt. Über diesen Kontext, in dem die Institute innerhalb und außerhalb der Akademie standen, sind deshalb vorab einige allgemeine Bemerkungen zu machen.

Die auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration bereits 1946 als Deutsche Akademie der Wissenschaften wiederbegründete Institution schloß sich dem Verständnis der damals Agierenden zufolge direkt an die Preußische Akademie der Wissenschaften an; sie folgte aber zugleich dem Vorbild der sowjetischen Akademie, die sich vom Leitbild der Gelehrtensozietät durch ihre extensiven außeruniversitären Forschungseinrichtungen deutlich unterschied. In der Sowjetischen Besatzungszone und ab 1949 in der DDR ging diese Umwandlung der Gelehrtengesellschaft in eine Forschungsakademie – zumal im Bereich der Geisteswissenschaften – zunächst eher konservativ vor sich: Es wurden die traditionellen Akademie-Langzeitvorhaben wie die *Inscriptiones Graecae*, die *Monumenta Germaniae Historica*, das *Altägyptische* und das *Mittellateinische Wörterbuch* oder das *Deutsche Wörterbuch* der Brüder Grimm weitergeführt, aber auch neue Unternehmungen hinzugenommen, wie das von dem Altphilologen Wolfgang Schadewaldt initiierte *Goethe-Wörterbuch* – all das noch weitgehend in Abstimmung und zum Teil gemeinsam mit den anderen deutschen Traditionsakademien in Göttingen, Heidelberg, Leipzig und München. Im naturwissenschaftlichen Bereich entsprach dieser Entwicklungsphase – auf deutlich andere und hier nicht weiter zu detaillierende Weise – die Übernahme von Einrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

* Für hilfreiche Erläuterungen zu verschiedenen Aspekten der Akademiereform bin ich Herrn Professor Dr. Claus Grote, dem letzten Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften der DDR, zu Dank verpflichtet. Es versteht sich von selbst, daß Interpretation und Nutzung dieser Erläuterungen allein von mir zu verantworten sind.



Akademische Feierstunde anläßlich des Abschlusses der Arbeiten am Deutschen Wörterbuch *der Gebrüder Grimm im Plenarsaal der Akademie am 5. Juli 1961, Präsident Werner Hartke spricht über „Die Verantwortung der Akademie der Wissenschaften für die Schätze der Sprachen"*

Die zunächst unter der Ägide von traditionellen Einrichtungen wie der *Deutschen Kommission* von Akademiemitgliedern betreuten Einrichtungen bildeten den Ansatzpunkt für die Errichtung von Instituten, die dem von der Sowjetunion in die sogenannten *Bruderstaaten* exportierten Leitbild zu entsprechen begannen.

1. Die Institutsbildung

So wie die Einrichtung der Langzeitvorhaben – im geisteswissenschaftlichen Bereich vor allem philologische Unternehmungen wie Editionen, Textdokumentationen und Wörterbücher – war auch deren Erweiterung und Bündelung zu Instituten im wesentlichen durch die einzelnen Akademiemitglieder, meist bedeutende Gelehrte, die zugleich Leiter der Institute oder ihrer Abteilungen waren, veranlaßt. Der Charakter der Institute war damit beinahe zwangsläufig von klassisch-geisteswissenschaftlichem Zuschnitt mit vornehmlich philologischem Charakter. Das galt ganz ausdrücklich für das Institut für deutsche Sprache und Literatur mit seinem Direktor Theodor Frings, das Romanistische Institut von Werner Krauss, das Slawistische Institut von Hans Holm Bielfeldt. Bis hierher spielte die politische

Akademische Feierstunde anläßlich des Abschlusses der Arbeiten am Deutschen Wörterbuch *der Gebrüder Grimm im Plenarsaal der Akademie am 5. Juli 1961, 1. Reihe, v. r. n. l.: Kurt Schröder, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, Theodor Frings, Direktor des Institut für deutsche Sprache und Literatur der DAW zu Berlin, Frau Isele, Hellmut Georg Isele, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften und Literatur Mainz und Gallen, Friedrich Kains, Wien*

Zugehörigkeit der Direktoren im Vergleich zu ihrem traditionell philologischen Wissenschaftsverständnis eine untergeordnete Rolle. Das schloß Akzentunterschiede und auch Spannungen keineswegs aus. Im Romanistischen Institut von Werner Krauss hatte Literaturgeschichte von Anfang an einen anderen Stellenwert als im Institut des Altgermanisten und historischen Dialektologen Theodor Frings oder im Slawistischen Institut des Russisten Bielfeldt. In dieses im wesentlichen personengeprägte Bild gehörten auch Anstöße zur Beschreibung der deutschen Gegenwartssprache, die der Finnougrist und Volkskundler Wolfgang Steinitz mit Weitblick und Umsicht im Rahmen des Instituts für deutsche Sprache und Literatur verwirklichte. Andere Akademiker waren in der Gründung von Instituten weniger erfolgreich: Der Anglist Martin Lehnert etwa erreichte lediglich die Einrichtung einer Arbeitsstelle, die Kunstgeschichte war nur durch eine Arbeitsstelle für Denkmalpflege vertreten. Die Repräsentanz der Disziplinen war dabei eher personellen und historischen Zufällen als einem systematischen Plan zu verdanken. Dennoch gewann die Rolle der Institute, ihre Strukturierung auch nach inhaltlichen Gesichtspunkten ebenso wie ihre reine Quantität an Gewicht. Dabei blieben aber Orientierung und Aufbau der einzelnen Institute in vieler Hinsicht unterschiedlich.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß bis in die sechziger Jahre hinein, also während der ersten beiden Jahrzehnte, in denen die Institute entstanden und ausgebaut wurden, der Zugriff der Partei von durchaus begrenzter Natur war. Zwar galten in den politischen Strukturen der Gesellschaft die Regeln und Bedingungen der zentralistischen Parteiherrschaft, die bis zur Mitte der fünfziger Jahre dem rigorosen und noch immer bedrohlichen Charakter des erst auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 kritisierten und danach zurückgedrängten Stalinismus unterlagen, aber in den Entscheidungen der Akademie hatte weithin die Orientierung der Akademiemitglieder den eigentlich prägenden Einfluß. Das zeigte sich nicht zuletzt in der Personalpolitik, bei der die Mitgliedschaft in der SED keinen Vorrang vor fachlicher Eignung hatte, zumindest in den philologisch geprägten Institutionen. Das führte übrigens zu einer später nachdrücklich, aber nicht sehr erfolgreich bekämpften Unterrepräsentation von Parteimitgliedern in nicht wenigen der philologischen Einrichtungen.

2. Die Gesichtspunkte der Umstrukturierung

Bis hierher war der Unterschied zu den anderen deutschen Akademien eher gradueller Natur. Das galt auch hinsichtlich der kleineren Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, die unter ihrem Präsidenten Theodor Frings ebenfalls eine Reihe von Langzeitvorhaben betreute, so unter anderem das *Althochdeutsche Wörterbuch*. Zwar hatten die inzwischen zum Teil zu stattlicher Größe angewachsenen Institute den Stellenwert der Berliner Akademie erkennbar verändert, aber ihr Konzept unterschied sich noch nicht grundsätzlich vom tradierten Prinzip außeruniversitärer Akademieforschung. Das mag begünstigt gewesen sein durch den Umstand, daß dieses Prinzip unscharf genug und von der Wissenschaftspolitik bislang weder vereinnahmt noch verworfen worden war.

Änderungen im politischen Umfeld und auch im inneren Klima der Akademie ergaben sich durch die Schließung der Grenze am 13. August 1961, durch die die Akademieinstitute – über die vorangehende Fluchtbewegung hinaus – eine Reihe von Mitarbeitern und die Gelehrtenvereinigung mehrere Mitglieder verloren. Politische Erschütterungen erzeugten auch Vorgänge wie die Kampagne gegen den Chemiker Robert Havemann, die mit seinem statutenwidrigen Ausschluß endete. Doch blieb bei all diesen Vorgängen die Struktur der Akademie im Prinzip insofern gleich, als Änderungen immer nur einzelne Einrichtungen oder Vorhaben betrafen.

Der nach innen und außen entscheidende Einschnitt in dieser Entwicklung war die Akademiereform von 1968, die in wesentlichen Punkten der 3. Hochschulreform entsprach. Die damit benannten Maßnahmen zielten auf die programmatische Durchsetzung des zentralistischen Führungsanspruchs der Partei in allen Einrichtungen von Wissenschaft und Hochschule. Daß sich die Eingriffe in Organisation und Inhalt der Akademieeinrichtungen von früheren Strukturveränderungen grundsätzlich unterschieden, wurde den Mitarbeitern bis in die kleinsten Abteilungen und Gruppen hinein vor Augen geführt. Dabei wurde eine Beteiligung an der Umwandlung von institutionellen Zuordnungen und

an der Bestimmung veränderter Aufgaben zugelassen, sogar eingefordert, soweit es den vorgegebenen Bedingungen entsprach und die unter Führung der Partei definierten Leitlinien eingehalten wurden. Die Zielstellung hatte der neu ins Amt berufene (übrigens parteilose) Präsident der Akademie Hermann Klare so formuliert: „[Das] Ziel der Akademiereform [besteht] darin, alle wissenschaftlichen Potenzen unserer Einrichtung, und zwar sowohl die ihrer im Plenum vereinigten Mitglieder als auch die in den Forschungseinrichtungen tätigen Mitarbeiter, auf neue Weise zusammenzuführen und diese große geistige Kraft unter einheitlicher Führung zum Wohl unserer sozialistischen Gesellschaft und zum Nutzen ihres weiteren Aufbaus einzusetzen. Das ist der Inhalt der von uns angestrebten ‚Forschungsakademie'."[1]

Absichtserklärungen ähnlicher Art waren nichts Ungewöhnliches; entscheidend war, daß dies der Kommentar zu einer rigoros durchgeführten Umgestaltung war, bei der im übrigen die ursprünglich enge Beziehung zwischen den Mitgliedern des Plenums und den Forschungseinrichtungen gerade nicht intensiviert, sondern abgeschwächt und in wesentlichen Punkten aufgegeben wurde. Leiter der im Zuge dieser Reform gebildeten Einheiten, die vielfach als *Zentralinstitute* Orientierungsfunktion über die Akademie hinaus wahrnehmen sollten, waren nicht notwendig Akademiemitglieder und gelegentlich ausgesprochen mediokre, aber der Partei ergebene Repräsentanten ihres Fachs. Diese Aushöhlung der Rolle des Akademie-Plenums beschleunigte zugleich die Zurückdrängung *bürgerlicher* Akademiemitglieder aus der Zeit der Neugründung nach dem Ende des Nationalsozialismus, soweit sie nicht bereits aus politischen oder Altersgründen ausgeschieden waren.

Wesentlich in dieser politisch gewollten und von den Repräsentanten der Akademie umgesetzten, wenn auch keineswegs einhellig begrüßten Umgestaltung der Akademie waren vor allem zwei Momente. Das eine, in Klares Formulierung als „einheitliche Führung zum Wohl unserer sozialistischen Gesellschaft" umschriebene Moment bestand, wie bereits gesagt, in der nun entschlossen verfolgten Durchsetzung der führenden Rolle der Partei in allen Instituten. Dabei ging es um die zunehmend direkte Einflußnahme der Partei auf Themenplanung und Forschungsorientierung. Die angestrebte Steuerung der Wissenschaft wurde zwar durch sogenannte *Wissenschaftliche Räte* und hierarchisch organisierte Leitungsgremien vermittelt, die aber durch die in ihnen garantierte Dominanz der Partei letzten Endes die Selbstbestimmung der Wissenschaft suspendierten. Diese Zielstellung wurde durch organisatorische Maßnahmen verfolgt, die sich auf unterschiedliche Weise in der Institutionsstruktur der Akademie niederschlugen, vor allem aber auch in der Partei selbst. Das hatte unterschiedliche Auswirkungen im Bereich der Natur- und der Gesellschaftswissenschaften, als die die Geisteswissenschaften nach marxistisch-leninistischer Terminologie nun firmierten. Die Parteileitung der Akademie erhielt den Rang einer eigenen Kreisparteiorganisation, die organisatorisch der Berliner Bezirksleitung unterstand. Die Anleitung im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich unterstand nun aber direkt der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED, und die Entwicklung der einzelnen Fächer hing entsprechend in hohem Maße von der sehr unterschiedlichen fachlichen Kompetenz

[1] Klare, „Fragen der Akademiereform".

oder Inkompetenz der Referenten dieser Abteilung ab. Die naturwissenschaftlichen Institute waren übrigens inhaltlich nicht in gleicher Weise den Weisungen des ZK unterstellt, wohl aber hingen Entscheidungen über das Personal in Leitungsfunktionen grundsätzlich von der Billigung der Parteiinstanzen ab. Jedenfalls wurde der Parteisekretär der Akademie zunehmend zur eigentlichen Weisungsinstanz, ohne die in Grundsatzfragen nichts ging. Ganz generell sollte die Akademiereform personalpolitisch zur Erhöhung des nach wie vor als zu gering betrachteten Anteils von Parteimitgliedern in zahlreichen Akademieeinrichtungen führen.

Das zweite Moment – und das stand in den Verlautbarungen und Bekundungen im Vordergrund – betraf die Notwendigkeit wissenschaftlicher Modernisierung, gerichtet vor allem auf eine als effizienter angesehene Verbindung von Forschung und technologischer Entwicklung. Das war eine ganz allgemeine Entwicklungstendenz, die weder auf die Akademie noch auf die DDR beschränkt war. Ihre Realisierung in der DDR war allerdings von politischen und politökonomischen Rahmenbedingungen bestimmt, die beträchtlich von kontrollierbarer Rationalität entfernt waren. Dabei waren konkurrierende, auch innerhalb der Parteiführung umstrittene Positionen im Spiel. Das ZK-Büro Günter Mittags, das gerade dabei war, das *Neue Ökonomische System der Planung und Leitung* (NÖSPL) durchzusetzen, war überhaupt gegen die Beibehaltung der Akademie als Institution, Kurt Hagers *Abteilung Wissenschaften* des ZK der SED hielt dagegen am sowjetischen Modell fest. Die Position Mittags fand verständlicherweise in der Akademieleitung wenig Unterstützung. Die Motive und Probleme dieser Positionen, wie auch der massive Bürokratismus, den der beabsichtigte Modernisierungsschub für einen großen Teil der naturwissenschaftlichen Institute mit sich brachte, können hier ausgeklammert werden. Im Bereich der Gesellschaftswissenschaften spielte dagegen das Motiv der Anbindung an Auftraggeber aus der Praxis nur für eine begrenzte Zeit eine Rolle, in der die Karikatur einer auftragsgebundenen Forschung auch außerhalb der industriellen Nutzung versucht wurde. Was dagegen die Gesellschaftswissenschaften um so stärker traf, war die rigorose Forderung, alle Themen und Auffassungen unter dem Gesichtspunkt der Parteiinteressen zu legitimieren. Da die Auslegung dieser Interessen nicht selten Ungewißheiten, Ermessensspielräume und Willkürlichkeiten enthielt, war dabei ebenso Gelegenheit für geschicktes Taktieren wie auch für doktrinäre Bevormundung.

Ich kommentiere zunächst Aspekte des zweiten Motivs im geisteswissenschaftlichen Bereich und komme dann auf die Effekte des ersten zurück.

Für die philologischen Einrichtungen, um die es hier vorrangig gehen soll, erwies sich in der Periode der Akademiereform vor allem ein Ermessensspielraum als wichtig, der sich daraus ergab, daß es keine mit der Ideologie der Partei zwangsläufig verbundene Orientierung für die Gestaltung dieser Fächer gab. Daher war es möglich, daß ein systematischer Gesichtspunkt zum Tragen kam, der sich wesentlich von der traditionellen, philologischen Orientierung unterschied. Dabei ging es um Wissenschaftsentwicklungen, die sich in Deutschland bis dahin nur zögernd bemerkbar zu machen begannen. In einigen Universitätsneugründungen der Bundesrepublik aus jener Periode findet sich eine disziplinäre Struktur, die der in der Akademiereform eingerichteten entsprach:

Die *vertikale* Gliederung in germanische, slawische, romanische, finnougrische etc. Philologie wurde aufgegeben zugunsten der *horizontalen* Zusammenfassung der linguistischen und der literaturwissenschaftlichen Fragestellungen. Das Motiv war zunächst eine Bündelung der zusammengehörigen Fragestellungen, Methoden und Erklärungsmodelle: Ein germanistischer Linguist hat mit einem slawistischen oder romanistischen Sprachforscher direktere Bezüge als mit einem germanistischen Literaturforscher, der wiederum dem romanistischen, slawistischen oder anglistischen Literaturwissenschaftler näher steht. Bei dieser Orientierung stehen systematische Gesichtspunkte des Forschungsgegenstands im Vordergrund – Prinzipien, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Sprachstruktur und ihres Wandels, Muster, Varianten und Entwicklungen literarischer Genres –, nicht die philologische Einbettung der Quellen in historische Perioden und deren Beschreibung, die den aus der Tradition und Geschichte der Fächer geerbten Rahmen bildete.

Diese weder auf die Akademie noch auf die DDR beschränkte Einsicht wurde aber nirgendwo mit mehr Konsequenz auch institutionell umgesetzt als 1968 in der Akademiereform. Zumindest dieser Aspekt faßte nicht nur Arbeitsgruppen und Forschungsvorhaben auf neue Weise zusammen, er brachte für eine gewisse Zeit auch Synergieeffekte und so etwas wie Aufbruchstimmung mit sich. Da die anvisierte systematische Orientierung sich einerseits sehr wohl mit marxistischen Grundsatzüberlegungen zu vertragen schien – manche ihrer Vertreter waren schon in den dreißiger Jahren bekennende Kommunisten gewesen –, andererseits vieles offen und erst zu bestimmen war, blieb die Strukturierung der Institute in bestimmten Grenzen von ganz unkonventionellen Diskussionen begleitet. Zumindest in der Sprachwissenschaft gewannen manche Bemühungen für eine gewisse Periode, die freilich nicht erst mit der Akademiereform begann (Periodisierungen sind immer auch Simplifizierungen), einen Vorsprung sogar vor der bundesdeutschen Entwicklung und jedenfalls einen relativ frühen Anschluß an die internationale Entwicklung, der in der Zeit das Nationalsozialismus abgerissen und nach dem Krieg lange Zeit nicht wieder aufgenommen worden war.

Es lag in der Geschichte der Unternehmungen und ihrer Mitarbeiter, daß die nun entstandene Struktur nicht wie am Reißbrett entworfen aussah, sondern als Resultante aus Gewachsenem und Gewolltem zu erkennen war. Das *Russisch-Deutsche Wörterbuch* war weiterzuführen, das *Grimmsche* und das *Goethe-Wörterbuch* glücklicherweise ebenfalls, die *Deutschen Texte des Mittelalters* sollten nicht untergehen, die *Forster-* und die *Wieland-Ausgabe* wurden nach den bisherigen, traditionellen Prinzipien weitergeführt usw. Und keineswegs alle neu begonnenen Vorhaben waren frei von opportunistischer Anbiederung an vermutete oder ausgesprochene Parteierwartungen. Dennoch ist die Feststellung berechtigt, daß mögliche Nachbarschaften genutzt, neue Orientierungen versucht wurden und die Perspektive insgesamt den Eindruck moderner Konzeptionsbemühungen erweckte. Sie wurde geraume Zeit von den Fachkollegen in der Bundesrepublik und im Ausland so wahrgenommen.

Die Labilität dieser Bemühungen, oder richtiger der parteiamtlichen Bereitschaft, sie zu dulden, wurde freilich nur zu bald sichtbar. So begannen bereits in den frühen siebziger Jahren (und unter dem steten Druck der ideologischen Ängste, die der „Prager Frühling" aus-

gelöst hatte) die Bestrebungen des Strukturalismus, die in der Kommunistischen Partei Frankreichs sich ausbreiteten, die sogenannten Bruderparteien zu beunruhigen. Diese ideologischen Bedenken betrafen aber einen der Grundgedanken, der in der gerade eingerichteten Struktur der Institute für Sprachwissenschaft und für Literaturgeschichte steckte.

Kampagnen, die sich an dem einen oder anderen, oft ganz irrationalen Moment festmachten, haben die Wissenschaftspolitik der Partei immer wieder bestimmt, sie waren mal mehr lokaler Natur, mal überschwemmten sie das ganze sozialistische Lager. Man muß nur an die wiederholten Vorstöße von Lysenko gegen die *bürgerliche* Genetik denken, an die Orgien um Stalins Spätschriften „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" und „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" oder den Kampf gegen die Anfänge der Kybernetik, um den Mechanismus solcher ideologischen Auseinandersetzungen und Straffeldzüge mit der Verurteilung feindlicher Positionen, selbstkritischen Stellungnahmen, unterdrückten Publikationen und beendeten Karrieren vor Augen zu haben. Jedenfalls haben Eingriffe dieser Art die gerade konzipierte Struktur schon bald drastisch gestört. Ein echter Vorsprung in der Forschung war nicht zu gewinnen. Er war auch nicht gewollt, da der Bemessungshorizont für die Partei ja durch deren eigene Ideologie gegeben, also massiv begrenzt war. Im Zweifelsfall wurde versucht, kontrollierte Konformität über verdächtige Innovationen zu stellen.

Es bleibt eine Merkwürdigkeit, daß die einmal etablierte Institutsstruktur in diesem Bereich für zwei Jahrzehnte bestehen blieb, unbeschadet der Konflikte, denen Grundmomente ihrer Orientierung ausgesetzt waren. Aufgrund der Unbeweglichkeit, die die spätere Phase des realen Sozialismus kennzeichnete, blieb damit bis zum Ende der DDR eine Struktur erhalten, die dann doch als Basis für Variationen dienen konnte, die durch immer wieder eintretende personelle Veränderungen in den Leitungspositionen sehr wohl möglich waren. Allerlei indirekte Eigenständigkeit erlaubte dabei auch die Ausnutzung von Grauzonen, die auf widersinnige, aber nutzbare Weise die Abkoppelung der Akademie vom Ausbildungsprozeß an den Universitäten mit sich brachte. Ich komme auf diesen Punkt noch zurück.

3. Die Deformationen im real existierenden Sozialismus

Damit bin ich bei den Problemen, die mit dem ersten Motiv der Akademiereform zusammenhingen und den Rahmen bestimmten, in dem die Wissenschaft sich zutrug. Die Festlegung dieses Rahmens war ganz unabhängig von bestimmten ideologischen Kampagnen etwa gegen den Strukturalismus, die Kritische Theorie der Frankfurter Schule, das Konzept der repressionsfreien Kommunikation oder um die Deutungshoheit über den Realismusbegriff. Der Rahmen war die generelle Herrschaftsstruktur, die solche Kampagnen, aber auch die Merkwürdigkeiten des Wissenschaftsalltags möglich machte.

Akademiespezifisch war in dieser Hinsicht seit der Reform von 1968 die Art, in der die Doktrin von der führenden Rolle der Partei, einem der Grundpfeiler des realen Sozialismus, in die Praxis umgesetzt wurde. An der Spitze der Akademie bedeutete es, daß nun der

Parteisekretär der Akademie im Protokoll direkt hinter dem Präsidenten und noch vor dem Generalsekretär und den Vizepräsidenten rangierte und daß *de facto* nichts ohne seine Billigung entschieden werden konnte. In zunehmendem Maße wurden damit auch von den nachgeordneten Instanzen kritische Fragen in den Parteigremien und nicht in den wissenschaftlichen Leitungen entschieden. Das galt sehr wohl auch für das inhaltliche Profil. Im einzelnen hing damit das wissenschaftliche Klima in hohem Maße vom persönlichen Verhältnis zwischen dem staatlichen Leiter und dem jeweiligen Parteisekretär eines Akademieinstituts ab. Formell waren die gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen der Akademie nun, wie bereits erwähnt, direkt der Anleitung durch die Abteilung Wissenschaften des ZK unterstellt, so wie die naturwissenschaftlichen Bereiche dem Ministerium für Wissenschaft und Technik zugeordnet waren. Daß neben immer wieder eingeforderten Bekenntnissen zum Marxismus-Leninismus dabei im Konkreten mancherlei Platz für sachbezogene Arbeit blieb, hat nichts an der in Versammlungen und Erlassen immer wieder bekräftigten Dominanz der Partei geändert. Die Konsequenzen der Reglementierung reichten von Tragik bis zur Lächerlichkeit, weil nicht nur die Zulässigkeit einzelner Formulierungen und die Entscheidung über Genehmigung oder Unterbindung einer Publikation, sondern auch die Teilnahme an Veranstaltungen und die Zuteilung des „höchsten Gutes" – die Bewilligung von Westreisen – von der Gunst der Partei abhingen.

Akademiespezifisch war seit der Reform insbesondere auch die Tatsache, daß die Akademie von einer eigenen, dem Ministerium für Staatssicherheit direkt zugeordneten *Abteilung Sicherheit* überwacht wurde. Diese dritte administrative Struktur, neben der Hierarchie der staatlichen und der Parteileitungen, war zwar für Mitarbeiter nicht offiziell sichtbar, mit ihrer Anwesenheit war aber allenthalben zu rechnen. Diese Feststellung besagt nicht, daß erst mit der Akademiereform die Staatssicherheit die Akademie als Operationsgebiet in Besitz nahm. Für meinen Eintritt in die Akademie im Jahre 1957 wurde, wie ich später erfuhr, noch vor meinem Dienstantritt die Überwachung geregelt, weil ich mit der Hypothek einer politischen Vorstrafe antrat. Die Einrichtung der akademieeigenen *Abteilung Sicherheit* weist aber auf den besonderen, bürokratisch lückenlosen Zugriff hin, der sich im übrigen bis in die Zeit der Wende hinein bewährt hat in der besonders effizienten Vernichtung der hinterlassenen Akten.

Im einzelnen ist es freilich relativ gleichgültig, auf wessen Veranlassung die zahlreichen und in zunehmendem Maße engstirnigen Einschränkungen und Reglementierungen zurückgingen, die oft auch mit der Vernunft oder Borniertheit, der Rechthaberei, der Ängstlichkeit und dem Machtbedürfnis einzelner Personen in den verschiedenen Hierarchien variieren konnten. Besonders engstirnig und entmündigend wurden die Maßnahmen mit der Durchsetzung der sogenannten Abgrenzungspolitik in den siebziger Jahren, die insbesondere alle internationalen Beziehungen behinderten und oft genug bestraften. Post-, Besucher-, Telephon- und Publikationsordnung, Vorschriften dieser Art wurden periodisch erneuert und (abhängig von den einzelnen Leitern) mehr oder weniger borniert und rigide gehandhabt. Im Zweifelsfall durften z. B. Mitarbeiter Post aus dem *Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet*, also dem westlichen Ausland, nicht selbst beantworten, sondern hatten einen Vorschlag zur Beantwortung dem zuständigen Leiter zu übergeben.

Die Reglementierungen beschränkten sich allerdings nicht auf den administrativen Rahmen und die Organisation der Dienstabläufe, sie betrafen im Konfliktfall unmittelbar inhaltliche Vorgaben und daraus folgende organisatorische Konsequenzen. Drastische Beispiele dafür gab es natürlich im Institut für Wirtschaftswissenschaften und im Institut für Philosophie, die mit Kernbereichen der marxistischen Ideologie befaßt waren, aber auch im Institut für Literaturgeschichte, das mit seinen Themen nicht selten in strittige Bereiche der Ideologie geriet. Auch die Sprachwissenschaft wurde immer wieder von unmittelbaren Eingriffen der Parteiideologen betroffen. Das von Wolfgang Steinitz initiierte *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache* etwa wurde seit Beginn der siebziger Jahre von eigens hinzugezogenen Prüfern auf Einhaltung des Klassenstandpunkts in der Auswahl der Lemmata und den Bedeutungsangaben kontrolliert. Die Folge dieser Maßnahme ist dem insgesamt höchst verdienstvollen Wörterbuch bis heute anzusehen. Eine in der gleichen Zeit losgetretene Kampagne gegen die Generative Grammatik, eine erfolgreiche, neue Richtung der theoretischen Linguistik, endete 1973 mit der Auflösung der Arbeitsstelle Strukturelle Grammatik, die bis dahin einige internationale Beachtung gefunden hatte. Die Einzelheiten dieser Episode – erzwungene Selbstkritik, Verfälschung von Argumenten, unredliche Ausnutzung von Loyalitäten, die ich 1992 etwas ausführlicher beschrieben habe[2] – sind ein charakteristisches Beispiel für die ebenso bigotte wie rücksichtslose Art, in der der Führungsanspruch der Partei durchgesetzt wurde.

Die durchaus interessanten Möglichkeiten, die sich aus bestimmten Momenten der Akademiestruktur und ihrer Reform ergaben, wurden unter dieser Obsession der Reglementierung und Überwachung erstickt und zerstört. Eine besonders trübe und schmerzliche Spätfolge der Isolation, die das Ergebnis all der Bevormundungen war, ist nach dem Ende des realen Sozialismus sichtbar geworden, als zahlreichen Mitarbeitern, die sich in die Umstände gefügt hatten, die internationalen Erfahrungen und Kontakte fehlten, die sich für das Bestehen in der *community* als förderlich, ja unerläßlich erwiesen. Nicht wenige fühlten sich deshalb zu Recht oder zu Unrecht zum zweiten Mal bestraft.

Zu kommentieren ist schließlich noch eine weitere, zwar nicht offiziell bekundete, aber faktisch sehr wohl bedeutsame Eigenart der Akademie, die sich vor allem daraus ergab, daß die Akademie keine Ausbildungseinrichtung war. Durch die zunehmend strenger gehandhabte Trennung von den Universitäten hatte die Akademie praktisch keinen Zugriff und keinen Einfluß auf Studenten, deren ideologische Anleitung (oder Indoktrination) in der DDR stets – und zu Recht – mit größtem Mißtrauen umgeben war. Diese Aufgabe war ein Privileg und eine Bürde ausschließlich der Universitäten. Die Akademie war damit in sorgfältig kontrolliertem Umfang ein Ort, an den Personen, die an der Universität nicht geduldet waren, sich zurückziehen, oder besser: abgeschoben werden konnten. Sowohl in den natur- wie in den gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen gab es daher immer wieder Wissenschaftler und von ihnen betriebene Arbeiten, für die die Universitäten versperrt gewesen wären. Auch dieses Moment hat, wie manche andere halbe Inkonsequenz, zu ungewollten, aber nützlichen Auflockerungen und Farbflecken im ideologischen Einerlei ge-

[2] Bierwisch, „Grammatikforschung in der DDR".

führt. Umgekehrt freilich bedeutete die weitgehende Abriegelung zwischen Forschung und Lehre, zwischen Akademie und Universität auch eine Gettoisierung und Aussperrung der Akademiemitarbeiter. Daß dabei Neidmomente der Universitätslehrer die scheinbar privilegierten Akademiemitarbeiter begleiteten, war dann die natürliche Folge einer paradoxen Wahrnehmungsverzerrung.

Wie in vielen anderen Institutionen der DDR hat freilich auch in der Akademie der Apparat sich letztlich selbst im Wege gestanden mit seinem hypertrophen Vormundschaftsbedürfnis. So sind schließlich doch allerlei Lücken und Nischen geblieben oder auch wieder entstanden, die ganz unreglementierte, lokale Erfolge zuließen. Die Schlußbilanz der Institute war daher auch in den Gesellschaftswissenschaften, in denen die Ideologie natürlich stärker dominierte als in den Naturwissenschaften, keineswegs trostlos. Die Evaluierung durch den Wissenschaftsrat hat einerseits die alten philologischen Langzeitvorhaben wieder zu sich selbst kommen lassen – ein wichtiger, aber eher konservativer Erfolg. Er war begründet in der Tatsache, daß ungeachtet aller Eingriffe und Behinderungen ein gewisses Maß an Kontinuität gewahrt werden konnte durch lokale Einsicht, Respekt oder Beißhemmung vor der Tradition (die Zusammenarbeit mit den anderen deutschen Akademien an wichtigen Langzeitvorhaben wurde trotz aller Abgrenzungspolitik nie ganz abgebrochen) und geschickte Sachtreue der Mitarbeiter. Die im Zuge der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat gemachten Vorschläge haben aber andererseits mit den geisteswissenschaftlichen Zentren an Gegebenheiten angeknüpft, die modern, keineswegs konservativ und sehr wohl akademiespezifisch gewachsen waren. Auch hier war ein personelles Anfangspotential gegeben, das sich unter den nun gegebenen Bedingungen keineswegs chancenlos behaupten konnte.

4. Folgerungen

Könnte man von den Deformationen absehen, so ergäbe sich folgerichtig die Frage, ob die Akademie als Forschungseinrichtung nicht Optionen enthielt, die akademiespezifisch sind und in der Forschung gebraucht werden. Ungarn, Polen, die Tschechische Republik, auch Rußland befinden sich *nolens volens* auf einem Weg, der eine positive Antwort auf diese Frage enthält. Einige Punkte, die für eine solche Überlegung sprechen, wären auch in der DDR konkret angebbar gewesen:

Die moderne Struktur der Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaft hat es an den reformunfähigen Universitäten nach wie vor schwer und setzt sich nur als Surrogat durch. Die *Geisteswissenschaftlichen Zentren*, die neben anderen Einrichtungen aus der Konkursmasse der Akademie entstanden sind, führen diesen in der Akademiestruktur enthaltenen Impetus in eigenständiger und programmatischer Weise fort.

In der Akademie gab es ein Philosophisches Institut, eine Forschungseinrichtung, deren Auflösung einen bedeutsamen, unbesetzten Platz zurückgelassen hat.

Dies sind Ansätze, die dennoch die Hypothek nicht aufwiegen, die die beschriebenen Deformationen der Akademie als Institution zugefügt haben. Die Frage, ob eine eigenstän-

dige Entwicklungsperspektive auf diesem Wege denkbar gewesen wäre, ist aus zwei Gründen hinfällig. Zum einen lassen sich die beschriebenen Deformationen nicht einfach beiseite schieben. Die notwendigen, nicht nur thematischen und organisatorischen, sondern auch personellen Korrekturen hätten einen Neuanfang verlangt, der keinesfalls einfach den Status quo der Doppeleinrichtung aus Forschungsverbund und Gelehrtensozietät hätte fortsetzen können. Zum anderen läßt sich bei der Frage nicht von dem nun ganz anderen Umfeld absehen. Bei der Neugestaltung des Forschungspotentials waren die Regierungen der neuen Länder ebenso wenig wie der Bund am Erhalt der DDR-Akademieinstitute interessiert. Den Nachweis der Möglichkeit akademiegetragener Forschungseinrichtungen, der gerade für die Geisteswissenschaften von speziellem Interesse gewesen wäre, da hier keine Max-Planck-Institute den Platz bereits besetzt haben, diesen Nachweis hat die Akademie der Wissenschaften der DDR leider nicht erbringen können.

Literatur

Bierwisch, Manfred: „Grammatikforschung in der DDR", in: *Merkur* 519 (1992), S. 497–505.
Klare, Hermann: „Zu Fragen der Akademiereform", in: *Jb. der DAW 1968*, S. 72–82.